

Parlamentarischer Vorstoss

2023/451

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Klimastrategie: Technologieoffenheit statt Verbote und Vorschriften
Urheber/in:	Christine Frey
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Blatter, Dätwyler, Degen Stefan, Eugster, Inäbnit, Riebli, Stückelberger, Trüssel, Vogt
Eingereicht am:	31. August 2023
Dringlichkeit:	—

Handlungspostulat Anpassung Klimastrategie

Der Auslöser, eine Klimastrategie auszuarbeiten, war ein bislang nie vom Landrat beratener Beschluss der Nordwestschweizer Regierungskonferenz. Der Landrat wird die Klimastrategie der Regierung bloss zur Kenntnis nehmen können. Das Parlament wurde auch im ganzen Ausarbeitungsprozess der Energiestrategie zu keiner Zeit konsultiert, seine Ideen und Meinungen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 einzubringen. Die nun von der Regierung im gewählten «Top-Down-Ansatz» vorgelegte Klimastrategie ist durchtränkt mit ideologisch motivierten Ankündigungen von Verboten und Vorschriften, die in vielen Teilen bedeutende Verhaltensänderungen fordert und damit stark an die Degrowth-Bewegung erinnert. Letztere hat eine bewusste Schrumpfung der Volkswirtschaft zum Ziel.

Eine Klimastrategie, die auf den Zielen Verzicht und Technologievorschriften aufbaut, ist rückwärtsorientiert und würde dem Baselbiet Wohlstandverlust bringen. Auch wird damit die zur Schaffung der Klimawende so dringend benötigte Innovation unnötig eingeschränkt. Es braucht das Gegenteil, nämlich ein deutliches Signal für die Schaffung von Rahmenbedingungen, die eine jederzeit ausreichend verfügbare, preisgünstige und immer nachhaltiger werdende Energieversorgung gewährleisten. Erst wenn die erneuerbaren Energien besser und günstiger verfügbar sind, wird die Nutzung fossiler Energien weltweit eingestellt. Dieses Ziel sollte auch in der Baselbieter Klimastrategie im Zentrum des Handelns stehen

Mit diesem Handlungspostulat wird der Regierungsrat beauftragt, die Strategie dahingehend anzupassen,

- dass Anreizsysteme statt Verbote, Pflichten im Vordergrund stehen.
 - dass die Verfügbarkeit von genügend und preisgünstiger Energie, die immer nachhaltiger produziert wird, technologieoffen sichergestellt wird.
 - dass Rahmenbedingungen entstehen, bei denen der private Sektor mit seinen Marktkräften vorangehen kann und nicht die Verwaltung mit Mikro-Management überzogene Kosten generiert.
-